

Lagergemeinschaft Ravensbrück und Freundinnen fordert Dialog mit Flüchtlingen

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler
Sehr geehrte Frau Parlamentspräsidentin
Sehr geehrte Frau Innenministerin
Sehr geehrter Herr Landeshauptmann
Sehr geehrter Herr Staatssekretär

Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass am Samstag, 24.11.2012 eine Anzahl von Flüchtlingen ein Protestzeltcamp im Sigmund Freud Park errichtet hat, nachdem ca. 300 Personen aus dem Flüchtlingslager Traiskirchen nach Wien marschiert sind. Diese Menschen haben ihre Stimme erhoben und wollen, dass man ihnen zuhört und in einen Dialog mit ihnen tritt. Insbesondere von der Politik wird erwartet, dass sie sich dazu äußert und auf die Forderungen reagiert.

Die Flüchtlinge wünschen sich einen Dialog, aber scheinbar reden sie gegen eine Wand, denn von offizieller Seite war bis dato keinerlei Reaktion zu vernehmen. Mit Ausnahme der Innenministerin, die es bevorzugt, von den Forderungen der Flüchtlinge abzulenken und die „Schuld“ an den Protesten irgendwelchen „SympathisantInnen“ und „Außenstehenden“ zuzuschieben, die angeblich die Flüchtlinge „aufhetzen“. Nun ja, manche neigen eben leicht zu Verschwörungstheorien, um sich von der Komplexität der Welt nicht überfordern zu lassen.

Wer hingegen den Flüchtlingen aufmerksam zuhört, erkennt vielleicht, dass im Flüchtlingslager Traiskirchen – und vermutlich nicht nur dort – offensichtlich vieles schief läuft. Das zeigen die zahlreichen Forderungen der Flüchtlinge nach materiellen Verbesserungen sowie mehr Kommunikation und Mobilität nach draußen. Auch Missstände wie bewusste Falschübersetzungen durch die DolmetscherInnen, die sich dann negativ auf die Asylverfahren auswirken, sind unhaltbar und nicht zu ertragen. Man hört und liest immer wieder, dass aus Österreich Menschen in Länder abgeschoben werden, wo ihnen Verfolgung und Schlimmeres droht. Nun erfahren wir, dass dies auch noch auf der Grundlage von falschen Übersetzungen durch die DolmetscherInnen passiert. Das entspricht ja nicht einmal mehr den Minimalstandards eines Rechtsstaates.

Auffällig ist, dass die Flüchtlinge sich vor allem Kommunikation wünschen – sie wollen nicht nur in einen Dialog mit der Politik treten, sondern auch Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft aufbauen. Das beweisen ihre Forderungen. Nun wird doch im offiziellen Diskurs fast schon gebetsmühlenartig die Aufforderung wiederholt, dass Flüchtlinge und MigrantInnen sich gefälligst „integrieren“ sollen. Warum also spricht man dann jetzt nicht mit ihnen, wo sie doch eindeutig die Botschaft senden, dass sie sich einen Dialog wünschen? Es ist doch ganz einfach, man muss nur die Hand ergreifen, die uns die Flüchtlinge freundlich entgegenstrecken. „Integration“ beginnt mit einem Besuch im Protestzeltcamp!

Wir hoffen, wir können uns doch zumindest auf die Gesprächsgrundlage einigen, dass Flüchtlinge Menschen sind, die angemessen und würdig wohnen möchten und keine Tiere, die man in Container sperrt und „lagert“?

Wir möchten darauf hinweisen, dass vor kurzem eine Studie veröffentlicht wurde, die den Leerstand aus Spekulationszwecken in der Stadt Wien erforscht hat. Warum nimmt eigentlich niemand die privaten HauseigentümerInnen in die Pflicht und fordert sie auf, den dringend benötigten Wohnraum freizugeben? Es wäre doch ein Gewinn für die „Integration“, wenn Flüchtlinge nicht irgendwo abgeschieden am Land in Sonderanstalten untergebracht werden, wo sie keinen Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft pflegen können, sondern mitten in der Stadt, in eben diesen bisher leerstehenden Räumen. Das würde doch die Kommunikation zwischen uns allen erleichtern und Flüchtlinge wären nicht mehr länger isoliert. Etwaigen sich an dieser Stelle hysterisch artikulierenden „Kommunismus“-Vorwürfen sei entgegengehalten, dass man hier eben abwägen muss: Entweder man meint es ernst mit der „Integration“, dann ist es notwendig, die Isolation zu durchbrechen und Kommunikation zu fördern. Eine etwaige Verletzung des Privateigentums durch die Öffnung des privaten, spekulativen Leerstandes für die Unterbringung der Flüchtlinge wäre dann ein verzeihlicher „Kollateralschaden“. Oder man zieht es vor, das Privateigentum dogmatisch zu schützen, dann wird Kommunikation sehr erschwert und man muss sich auch den Vorwurf gefallen lassen, es gar nicht so ernst zu meinen mit dem Gerede von der „Integration“.

Über das Thema Abschiebung möchten wir gar nicht so viele Worte verlieren. Es macht uns einfach traurig, denn gerade erst war zu hören, dass Menschen aus Tschetschenien zwei Tage nach einem Selbstmordversuch abgeschoben wurden, in ein Land, wo sie wahrscheinlich gleich nach dem Verlassen des Flugzeugs von den repressiven Sicherheitsorganen unfreundlich „empfangen“ werden. Wie wir am 5.12. aus den Ö1-Nachrichten erfahren mussten, wurde ein tschetschenischer Asylwerber sofort nach seiner Ankunft in Moskau von Staatsorganen verhaftet. Seine mitabgeschobene Ehefrau hat seither keinen Kontakt mehr zu ihm. Die österreichischen Behörden hatten sich offenbar nicht die Mühe gemacht, nachzuforschen, ob die Sicherheit des Abgeschobenen garantiert ist.

Um zu einem Ende zu kommen: Wir ersuchen Sie, in sich zu gehen und darüber nachzudenken, was die Flüchtlinge eigentlich fordern, die da gerade im Sigmund Freud Park campen. Vielleicht kommen Sie zu der Einsicht, dass ein Dialog für die „Integration“ förderlich ist – dann bitte zögern Sie nicht, sich öffentlich zu äußern und eine Stellungnahme abzugeben. Noch schöner wäre es natürlich, wenn Sie die Flüchtlinge im Sigmund Freud Park ganz offiziell aufsuchen und ihnen einen Besuch abstatten. Schon allein weil es einfach höflich ist, einem Menschen die Hand zu schütteln, der sie einem entgegenstreckt. Geben Sie dem Dialog eine Chance!

Mit freundlichen Grüßen

Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück und Freundinnen

www.ravensbrueck.at